

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Eurozone auf Kurs halten

Die größte mediale Aufmerksamkeit fiel in der zurück liegenden Sitzungswoche zweifelsohne auf die von uns beschlossene Verlängerung der Stabilitätshilfe für Griechenland. Nicht alle Berichte haben hierbei die gebotene Sorgfalt walten lassen, so dass ich Ihnen gerne noch einmal die wesentlichen Fakten darlegen möchte.

Nach einem zähen Prozess ist die neue Regierung Griechenlands in der Wirklichkeit angekommen und hat sich gegenüber der Euro-Gruppe zu den Verpflichtungen aus dem laufenden Hilfsprogramm bekannt. Griechenland hat zudem eine Verlängerung des Programms beantragt. Diesen Antrag haben wir diese Woche im Bundestag bestätigt und nicht etwa neue Auszahlungen beschlossen.

Die bereits vereinbarten Gelder aus dem laufenden Programm werden nur dann fließen, wenn die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bestätigt, dass die von der neuen Regierung vorgelegten Reformmaßnahmen einen erfolgreichen Abschluss des Programms gewährleisten. An unserem Grundsatz „Solidarität nur bei Solidität“ werden wir nicht rütteln. Deshalb habe ich nach sorgfältiger Abwägung und nicht ohne Bauchschmerzen dem Antrag des Bundesfinanzministers zugestimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

In dieser Sitzungswoche haben wir eine Reihe wegweisender Entscheidungen getroffen. So haben wir wichtige Beschlüsse für die Attraktivität des Bundeswehrdienstes gefasst, die Ergänzung der Straßeninfrastrukturfinanzierung begonnen und über Maßnahmen zur Stabilität der Eurozone entschieden. Während von der Opposition wenig zu hören ist, arbeitet die Koalition und wird so ihrer Verantwortung gerecht, dem Land eine gute Regierung zu stellen.



Diese Regierung steht international vor ungeheuren Herausforderungen. Denken wir nur an die Lage im Nahen Osten, in Afrika oder in der Ukraine. Gerade dort zeigt sich, dass Lösungen nur sehr schwer zu erreichen sein werden und Rückschläge nicht ausbleiben. Und doch ist es jede Anstrengung wert, sich für die Verbesserung der Lage der Menschen in der Ost-Ukraine einzusetzen.

Wir werden unbeirrt weiter daran arbeiten, dass die Herrschaft des Rechts auch international wieder Raum gewinnt. Rechts- und Wortbruch dürfen sich am Ende nicht auszahlen oder durchsetzen. Frieden und Freiheit brauchen einen langen Atem. Ebenso wie eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Afrika ist ein Schwerpunkt. Wir haben dort große Erfolge aufzuweisen.

Und doch sind es im Moment eher die aktuellen Probleme, die uns herausfordern. Flüchtlinge nehmen wir auf, keine Frage. Wichtiger aber ist, die Ursachen ihrer Flucht zu bekämpfen. Wir müssen ihnen helfen, ihre Heimat zukunftsfest zu gestalten und nicht so tun, als ob diese Herausforderung allein durch eine Aufnahme von Flüchtlingen in Europa gelöst werden könnte.

Auch im Nahen Osten müssen wir Fluchtursachen durch ein entschiedenes Bekämpfen der schrecklichen Gewalt und eine Beendigung des Terrors beseitigen. Mit großer Sorge erfahren wir, wie die Terroristen zunehmend gezielt gegen Christen vorgehen.

Die Menschen in Deutschland erwarten von uns nüchternes Handeln zugunsten der deutschen und europäischen Interessen. Deswegen stehen wir ein für Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilisierung der Sicherheit weltweit. Das ist eine schwierige Herausforderung. Sie verlangt uns Ernst und Entschlossenheit ab.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Sorgfältigeren Umgang mit Vermögensanlagen herbeiführen

Anleger sollen sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen des „Grauen Kapitalmarkts“ besser informieren können. Die jüngsten umfangreichen Kleinanlegerverluste gehen auf übermäßiges Vertrauen in die Sicherheit von Anlagen mit hohen Renditeversprechen zurück. Dieses Vertrauen speiste sich aus einer Mischung von breitenwirksamer Werbung, geschickter Vermarktung und unzureichenden Informationen.

Das Kleinanlegerschutzgesetz, das wir in dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, ermöglicht es den Anlegern, sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen besser zu informieren. Ebenso ist vorgesehen, die Sanktionsmöglichkeiten gegen Anbieter und Vermittler von Vermögensanlagen zu verschärfen. Die zielgerichteten Instrumente dafür reichen von strengeren Prospektspflichten über die Einführung einer Mindestlaufzeit bis hin zu Vermarktungsverboten bestimmter Produkte.

Nicht zuletzt sind auch eine Regelung der Schwarmfinanzierung (crowdfunding) vorgesehen sowie die gesetzliche Verankerung des kollektiven Verbraucherschutzes als ein Aufsichtsziel der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

EU-geführte Ausbildungsmission in Mali wird fortgesetzt

Nach abschließender Beratung sind wir in dieser Woche dem Antrag der Bundesregierung, den deutschen Beitrag zu der weiter bestehenden EU-geführten Ausbildungsmission in Mali zu verlängern, gefolgt. Wenngleich sich die Lage in Mali verbessert hat, ist der Norden des Landes noch nicht befriedet und noch immer leiden das Land und seine Bevölkerung unter den Folgen der Auseinandersetzungen mit den radikalen Islamisten. Mehr als 200.000 Menschen befinden sich auf der Flucht. 2,8 Millionen Menschen in ganz Mali haben keine verlässliche Lebensmittelversorgung.



Die Mission zielt daher darauf ab, die malische Regierung bei der fortschreitenden Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Insbesondere muss das malische Militär in die Lage versetzt werden, selbst die Sicherheit im Land gewährleisten zu können. Die deutschen Streitkräfte leisten hierzu im Rahmen der Mission mit Ausbildung und fachlicher Beratung einen wesentlichen Beitrag. Da Deutschland ab August die Führungsverantwortung der Mission übernehmen soll, wird außerdem die Mandatsobergrenze auf bis zu 350 Soldaten angehoben.

Bild: Bundeswehr/Bier

Erwerbsquote von Frauen stark gestiegen

Frauen nehmen auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine immer wichtigere Rolle ein: Laut Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stieg die Erwerbsquote der Frauen in Deutschland seit 1995 um rund zehn Prozentpunkte – die der Männer hingegen nur um etwa einen Prozentpunkt. Im Jahr 2013 waren 46 Prozent aller Erwerbstätigen im Land weiblich. Insgesamt waren noch nie so viele Frauen in Deutschland erwerbstätig wie heute. Zwischen 1995 und 2013 stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 15 auf 18 Millionen. Während die Bereitschaft der Frauen zur Teilnahme am Arbeitsleben in den vergangenen zwei Jahrzehnten über alle Altersstufen und Qualifikationsklassen hinweg zunahm, stieg die sogenannte Erwerbsneigung bei den Männern im Wesentlichen nur in der Gruppe ab 55 Jahren.

Impressum:
Ausgabe Nr.: 04/15 27. Februar 2015

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)